

Die Juden und die Manager - ein (un)zulässiger Vergleich?

Von der Fruchtbarkeit eines umstrittenen Vergleiches eines Wirtschaftsprofessors, der im Hinblick auf bestimmte Problemlagen Juden mit den Managern verglichen hat. Die Empörung jüdischer Funktionsträger darüber und die Gedanken eines Zeitgenossen über den Vergleich, die Empörung und die dahinter liegenden ökonomischen Probleme.

Von Tristan Abromeit

Oktober 2008

www.tristan-abromeit.de

Text 65.1

Anhang

Auch Kirchen und Kommunen stolpern in die Krise

aus:

Hannoversche Allgemeine Zeitung
vom 22. Oktober 2008, Seite 3

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn sprach von den "anonymen Systemfehlern". Einer der Systemfehler der Marktwirtschaft ist der Zins, nicht in seiner Preisfunktion, sondern als Ausbeutungsrate des Arbeitseinkommens. Der Zins, die Dividende, als Thema wird fast jeden Tage in jeder Zeitung behandelt. Den einen ist er zu hoch, den anderen zu niedrig. Soweit ist der Zins als Thema eine offene Sache. Aber die Wirkungen des Zinses in Bezug auf Verteilung, Konjunktur und Ökologie, die muß man unter den anonymen Systemfehlern der Ökonomie verzeichnen.

Der Systemfehler liegt in der heutigen Gestaltung unseres Geldes. Dieses Geld verhindert, daß der Zins nicht entsprechend der Marktlage gegen Null oder sogar ins Negative sinken kann.

Die Kirchen, die die biblischen Zinsverbote und die Zinsgegnerschaft - z.B. von Martin Luther - schon lange vergessen haben, haben in letzter Zeit immer mehr auf Zinserträge für ihre Finanzierung gesetzt. Wie lange wird es dauern, bis die Ev. Kirche merkt, daß sowohl ihre Geldanlagepolitik wie auch die Stiftung als Finanzierungsinstrument der Kirche die gleiche Wirkung hat wie der Ablaßhandel, dessen Bekämpfung durch den Reformator Luther sie ihre Existenz verdankt.

In dem nachfolgenden Bericht wird an einem Beispiel gezeigt, wie Kirchen bei ihrer Gier nach arbeitslosen Einkommen auf die Nase fallen können. TA

Auch Kirchen und Kommunen stolpern in die Krise

VON DIKK SCHMALER

Am Kirchturm im Oldenburger Stadtzentrum hängt eine Digitalanzeige. „Spendenstand: 661 827 Euro - noch benötigt: 38 173 Euro“ steht darauf. So wirbt die Lamberti-Gemeinde bei den Oldenburgern um Geld für die Renovierung ihrer Hauptkirche - bislang erfolgreich. Doch obwohl die stolze Summe von 700 000 Euro fast erreicht ist und die Kirche schon in diesem Advent wiedereröffnet werden soll, versinnbildlicht die Gelduhr am Kirchturm dieser Tage eine unheilige Allianz, die bei vielen den Glauben an die Kirche erschüttert hat.

Denn längst verlässt sich die Oldenburgische Landeskirche nicht mehr auf die Kirchensteuer und Spendengeld, um ihre Einrichtungen zu finanzieren. Während die Lamberti-Gemeinde ums Geld der Bürger buhlte, tummelte sich ihre Landeskirche auf den Finanzmärkten der Welt, um ihre Einnahmen zu steigern - bis zur Finanzkrise. Nun hat sie Millionen an der Wall Street verloren.

Die Landeskirche hatte zehn Prozent ihres Vermögens von 118 Millionen Euro in Mischfonds angelegt, und dabei auch in Papiere der US-Pleitebank Lehman investiert. Das Resultat: 4,3 Millionen Euro aus dem Vermögen der Kirche sind futsch. Davon hätte man mehr als nur Oldenburgs Hauptkirche renovieren können.

Man könnte davon das Kindergartenpersonal der ganzen Landeskirche ein Jahr lang bezahlen. Wäre alles glattgegangen, hätte sie mit den Lehman-Papieren 230 000 Euro verdient. Doch es ging nicht glatt.

Seitdem ist die Landeskirche, die für den Bereich von Wilhelmshaven bis Vechta zuständig ist, in Aufregung. Der Anlageverlust habe eine „äußerst kontroverse Debatte ausgelöst“, sagt Oberkirchenrat Wolfram Friedrichs. Noch gibt es keine Zahlen über Kirchenaustritte und Spendeneinbrüche. Dass es solche Reaktionen geben wird, gilt allerdings als ausgemacht. Schon jetzt berichten Pastoren über leere Klingelbeutel, die Landeskirche selbst spricht von „Vertrauensverlust“ und „Verärgerung“ der Gemeinde. Die Kirchenfunktionäre streiten energisch über künftige Wege zur Finanzbeschaffung. „Ich plädiere für vorsichtigere Geldanlagen“, sagt Friedrichs. Und Mitglieder schreiben wütende Briefe mit Zitaten von Luther, der zu Lebzeiten das Nehmen von Zinsen verteufelt hatte.

Bis zum 10. November soll eine Lösung gefunden werden. „Wir stecken in einem Dilemma“, sagt Friedrichs. Die Kirche verliert seit Jahren Mitglieder, und auch unter den Mitgliedern zahlen immer weniger Kirchensteuern. Da habe man versucht, durch die Lehman-Papiere ein Teil der Mindereinnahmen auszugleichen.

Da geht es den Kirchen nicht anders als den Kommunen. Auch über sie ist die weltweite Finanzkrise hereingebrochen. Kämmerer probierten einen Spagat zwischen einerseits sicheren und andererseits lukrativen Geldanlagen. Beides ist nur leider nicht möglich. Wer Rendite will, muss bei der Sicherheit Abstriche machen. So befürchtet der Bund der Steuerzahler, dass sich 700 Städte und Gemeinden bei der Suche nach schnellem Geld verzockt und damit ihre Haushalte um Millionen gebracht haben. Gerade in Nordrhein-Westfalen erwiesen sich im Nachgang der Finanzkrise viele Städte als allzu risikobereit. So sind dem Steuerzahlerbund zufolge Hagen 50 Millionen, Remscheid 13 Millionen und Neuss zehn Millionen Euro durch spekulative Anlagen verloren gegangen.

Niedersachsens Städte und Gemeinden haben ihr Geld nach bisherigem Stand der Dinge offenbar deutlich konservativer angelegt. „Dafür wurden wir in den vergangenen Jahren von anderen Städten oft belächelt“, sagt Städtebund-Geschäftsführer Berthold Ernst. Dennoch beschäftigt die Finanzkrise auch hier viele Provinzkämmerer. Günter Greger beispielsweise beschäftigt sich seit zwei Wochen mit nichts anderem. Der Kämmerer von Georgsmarienhütte hat nur eine Botschaft, wenn er sein Telefon abnimmt: „Das Geld ist sicher.“

Der Grund der Verunsicherung trägt hier denselben Namen wie bei der Landeskirche in Oldenburg: Lehman. Seit das Institut Pleite machte, rufen besorgte Bürger, Lokalpolitiker und die Presse immer wieder an. Anders als die Kirche hatte die Stadt allerdings keine Papiere gekauft, sondern lediglich im August zehn Millionen Euro Termingeld bei der US-Bank angelegt. Der Unterschied zahlt sich jetzt womöglich aus. Denn: Nach allem, was man weiß, ist das Geld durch einen Sicherungsfonds geschützt.

Aus der Hannoverschen Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 22. Oktober 2008, S. 3
Abschrift: TA